

**No. 35492**

---

**Germany  
and  
Qatar**

**Agreement between the Federal Republic of Germany and the State of Qatar concerning the encouragement and reciprocal protection of investments (with protocol). Bonn, 14 June 1996**

**Entry into force:** *19 January 1999 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 13*

**Authentic texts:** *German, Arabic and English*

**Registration with the Secretariat of the United Nations:** *Germany, 22 February 1999*

---

**Allemagne  
et  
Qatar**

**Accord entre la République fédérale d'Allemagne et l'Etat du Qatar relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements (avec protocole). Bonn, 14 juin 1996**

**Entrée en vigueur :** *19 janvier 1999 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 13*

**Textes authentiques :** *allemand, arabe et anglais*

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies :** *Allemagne, 22 février 1999*

[ GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND ]

**Abkommen  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Katar  
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

**Die Bundesrepublik Deutschland  
und  
der Staat Katar –**

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Investoren des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

**Artikel 1**

Für die Zwecke dieses Abkommens

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
  - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
  - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
  - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
  - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, eingetragene Geschmacksmuster, Marken, Handelsnamen, technische Verfahren, Know-how und Goodwill sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse;
  - e) gesetzliche oder vertragliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen in bezug auf das Hoheitsgebiet und das Meeresgebiet der Vertragsparteien;

- eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt, sofern die Änderung nicht im Widerspruch zu den gesetzlichen Bestimmungen der Vertragspartei steht, in deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage vorgenommen wird;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
  3. bezeichnet der Begriff „Investor“
    - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
      - (1) Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
      - (2) jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,
    - b) in bezug auf den Staat Katar:
      - (1) natürliche Personen, welche die Staatsangehörigkeit des Staates Katar besitzen,
      - (2) jede juristische Person mit der Rechtsstellung einer Gesellschaft, einer Kapitalgesellschaft oder einer staatlichen oder halbstaatlichen Einrichtung, die im Hoheitsgebiet des Staates Katar nach Maßgabe seiner Rechtsvorschriften gegründet wurde oder mittelbar oder unmittelbar unter dem Einfluß von Staatsangehörigen des Staates Katar stehen,
      - (3) die Regierung des Staates Katar;
  4. bezeichnet der Begriff „Hoheitsgebiet“

das Hoheitsgebiet sowie das Meeresgebiet jeder Vertragspartei, über das sie in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht souveräne Rechte oder Hoheitsbefugnisse ausübt.

#### Artikel 2

- (1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Zugelassene Kapitalanlagen genießen den vollen Schutz aus diesem Abkommen. Sie wird Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Völkerrechts in jedem Fall gerecht und billig behandeln.
- (2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Instandhaltung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

#### Artikel 3

- (1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Investoren der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen ihrer eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.
- (2) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.
- (3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder einer sonstigen ähnlichen regionalen Wirtschaftsorganisation oder wegen ihrer Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

#### Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlagen unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachprüfbar sein.

(3) Investoren einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Investoren. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Investoren einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

#### Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

#### Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Investoren Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Investoren kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

#### Artikel 7

Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder Artikel 6 erfolgen unverzüglich zu dem im Zeitpunkt der Transferierung gültigen Wechselkurs.

#### Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Darüber hinaus wird jede Vertragspartei jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

#### Artikel 9

Dieses Abkommen gilt auch für Kapitalanlagen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen haben.

#### Artikel 10

(1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung, Anwendung oder das Außerkrafttreten dieses Abkommens sollen, soweit möglich, auf diplomatischem Weg beigelegt werden.

(2) Kann die Streitigkeit nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach dem Zeitpunkt, zu dem eine Vertragspartei die Angelegenheit geltend gemacht hat, beigelegt werden, so kann sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht unterbreitet werden.

(3) Das betreffende Schiedsgericht wird in jedem Einzelfall wie folgt gebildet: Jede Vertragspartei bestellt einen Schiedsrichter, und beide Schiedsrichter bestellen einvernehmlich einen Angehörigen eines dritten Staates, der zum Obmann des Schiedsgerichts ernannt wird. Alle Schiedsrichter sind innerhalb von zwei Monaten nach dem Zeitpunkt zu bestellen, zu dem eine Vertragspartei der anderen ihre Absicht notifiziert hat, die Streitigkeit einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident, sofern er nicht Staatsangehöriger einer Vertragspartei ist, die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind endgültig und für die Vertragsparteien bindend. Sie werden in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Abkommens und den entsprechenden Grundsätzen des Völkerrechts getroffen.

(6) Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst. Auf Verlangen einer Vertragspartei legt es seinen Schiedspruch aus. Sofern das Gericht nicht unter besonderen Umständen eine anderweitige Entscheidung trifft, tragen die Vertragsparteien die Kosten des Verfahrens, einschließlich des Honorars der Schieds-

richter, zu gleichen Teilen. Sofern die Vertragsparteien keine anderweitige Vereinbarung treffen, tritt das Schiedsgericht am Sitz des Ständigen Schiedshofs in Den Haag (Niederlande) zusammen.

#### Artikel 11

(1) Jeder Rechtsstreit, der im unmittelbaren Zusammenhang mit einer Kapitalanlage zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei entsteht, soll zwischen den beiden betroffenen Parteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Streitigkeit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer schriftlichen Geltendmachung durch die eine oder andere der Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen einer Partei dem Schiedsverfahren des Internationalen Zentrums zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) unterworfen, das durch das am 18. März 1965 in Washington unterzeichnete Übereinkommen zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten errichtet wurde.

(3) Findet das in Absatz 2 genannte Übereinkommen keine Anwendung, so ist die Streitigkeit von einem von Fall zu Fall zu bildenden Schiedsgericht beizulegen. Das Schiedsgericht wird wie folgt gebildet:

- a) Jede Streitpartei bestellt einen Schiedsrichter und beide Schiedsrichter bestellen einvernehmlich einen dritten Schiedsrichter, der Angehöriger eines dritten Staates sein muß und von den beiden Parteien zum Obmann des Schiedsgerichts ernannt wird. Alle Schiedsrichter sind innerhalb von zwei Monaten ab dem Zeitpunkt zu bestellen, zu dem die eine Partei der anderen ihre Absicht notifiziert hat, die Streitigkeit einem Schiedsgericht zu unterbreiten.
- b) Werden die unter Buchstabe a genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Partei den Präsidenten der Internationalen Handelskammer in Paris bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.
- c) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Die Entscheidungen sind endgültig und für die Parteien bindend; sie sind nach innerstaatlichem Recht zu vollstrecken. Sie sind in Übereinstimmung mit diesem Abkommen, den Rechtsvorschriften der an der Streitigkeit beteiligten Vertragspartei und den Grundsätzen des Völkerrechts zu treffen.

(4) Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren in Übereinstimmung mit der Schiedsordnung der Kommission der Vereinten Nationen für Internationales Handelsrecht (UNCITRAL). Auf Verlangen einer der Parteien legt es seinen Schiedspruch aus. Sofern das Gericht nicht unter besonderen Umständen eine anderweitige Entscheidung trifft, tragen die Parteien die Kosten des Verfahrens, einschließlich des Honorars der Schiedsrichter, zu gleichen Teilen. Sofern die Parteien keine anderweitige Vereinbarung treffen, tritt das Schiedsgericht am Sitz des Ständigen Schiedshofs in Den Haag (Niederlande) zusammen.

#### Artikel 12

Dieses Abkommen gilt unabhängig davon, ob zwischen den Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

#### Artikel 13

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Doha ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Es bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der Vertragsparteien das Abkommen mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann das Abkommen jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Abkommens an.

Geschehen zu Bonn am 14. Juni 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Bundesrepublik Deutschland  
For the Federal Republic of Germany  
Helmut Schäfer  
Lorenz Schomerus

Für den Staat Katar  
For the State of Qatar  
Mohammed Bin Khalifa Al-Thani

## Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Katar über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Abkommens gelten:

### (1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

### (2) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Instandhaltung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Artikel 3 verpflichtet eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Investoren gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Investoren auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

### (3) Zu Artikel 4

- a) In bezug auf den Staat Katar muß die Rechtmäßigkeit einer Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme in einem ordentlichen Rechtsverfahren im Rahmen der Rechtsvorschriften des Staates Katar nachprüfbar sein, sofern der Investor und der Staat Katar keine anderweitige Vereinbarung getroffen haben.
- b) Um Unsicherheiten auszuschließen, gelten als Enteignung auch Fälle, in denen eine Vertragspartei Vermögenswerte einer Gesellschaft oder eines Unternehmens in ihrem Hoheitsgebiet enteignet, in der oder dem ein Investor der anderen Vertragspartei eine Kapitalanlage, einschließlich Beteiligungen in Form von Aktien, hat.



**(4) Zu Artikel 7**

- a) Der gültige Wechselkurs nach Artikel 7 soll den dem IWF regelmäßig mitgeteilten marktüblichen Kursen entsprechen.
- b) Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer von Geldmitteln in Landeswährung oder Devisen aus inländischen Konten, wenn dieser Transfer innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit dem Tag, an dem die betreffende Partei die inländische Bank anweist, die vorstehend genannten Geldmittel zu transferieren; sie darf zwei Monate nicht überschreiten.

(5) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschließen noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Abkommens bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Abkommens angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Geschehen zu Bonn am 14. Juni 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Bundesrepublik Deutschland  
For the Federal Republic of Germany  
Heimut Schäfer  
Lorenz Schomerus

Für den Staat Katar  
For the State of Qatar  
Mohammed Bin Khalifa Al-Thani

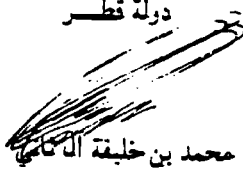
ب- يتم تحويل الأرصدة المدفوعة إلى حساب محلي ، بالعملة المحلية أو بعملة أجنبية ، ويعتبر ان هذا التحويل قد تم بدون تأخير وفقاً لما ورد بالمادة (٧) إذا تم تنفيذه خلال الفترة المطلوبة عادة لإستكمال الإجراءات الرسمية . وتبدأ الفترة المذكورة من يوم صدور أمر التحويل من الطرف المعني الى البنك المحلي ، بحيث لا تتجاوز مدة شهرين .

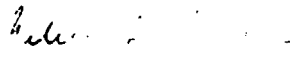
(٥) لا يجوز لأي من الطرفين المتعاقدين ، عند نقل بضائع أو أشخاص لهم علاقة بالإستثمار ، إعاقة أو منع منشآت النقل العاملة في اقليم الطرف المتعاقد الاخر وعلى انظر الآخر أن يصدر التصاريح اللازمة لتنفيذ عملية النقل . وشمل النقل ما يلي :

أ- البضائع ذات العلاقة المباشرة بالإستثمار بالمعنى المقصود في أحكام هذه الاتفاقية ، أو البضائع التي تم الحصول عليها داخل اقليم أي من الطرفين المتعاقدين ، أو أي دولة ثالثة ، بواسطة أو حساب أي مشروع استثمرت فيه أصول بالمعنى الوارد بهذه الاتفاقية.

ب- الاشخاص المسافرين لغرض الاستثمار .

تم تحرير هذا البروتوكول في بون بتاريخ ١٤ يونيو ١٩٩٦ من نسختين باللغات الألمانية و العربية والانجليزية ويكون لكل منها حجية متساوية . وفي حالة الاختلاف يرجح النص للمحرر باللغة الانجليزية .

عن  
دولة قطر  
  
محمد بن خليفة آل ثاني  
وزير المالية والاقتصاد والتجارة

عن  
جمهورية ألمانيا الاتحادية  
  
Helmut Kohl  
Chancellor

ب- لا تلزم أحكام المادة (٣) أي طرف متعاقد على ان يطبق على المستثمرين من الاشخاص الطبيعيين المقيمين في اقليم الطرف المتعاقد الاخر مزايا أو إعفاءات أو تخفيضات ضريبية يمنحها فقط وفقاً لتشريعاته الضريبية إلى المستثمرين المقيمين في إقليمه .

ج- يمنح الطرفان المتعاقدان وفقاً لتشريعات كل منهما اعتباراً خاصاً للطلبات التي تقدم من مواطني الطرف الاخر للدخول أو الإقامة بغرض القيام بأعمال تتعلق بالاستثمار ، ويسري نفس الاعتبار على موظفي أي من الطرفين المتعاقدين الذين يرغبون في الدخول إلى اقليم الطرف المتعاقد الاخر للإقامة بغرض أداء أعمال تتعلق بالاستثمار . كما يمنح نفس الاعتبار للطلبات المقدمة للعمل .

### (٣) بالإضافة إلى المادة (٤) :

(أ) بالنسبة لدولة قطر فان قانونية كل من نزاع الملكية والتأميم أو أية تدابير مماثلة تخضع لإعادة النظر فيها وفقاً للإجراءات القانونية وفي الحدود التي ينص عليها قانون دولة قطر ما لم يتفق على خلاف ذلك بين المستثمر ودولة قطر .

(ب) تجنباً لأي شك ، يشمل نزاع الملكية الحالات التي ينزع فيها الطرف المتعاقد ملكية اصول شركة أو مشروع قائم على اقليمه ، يكون لمستثمر الطرف المتعاقد الاخر استثماراً به ، بما في ذلك ملكية الاسهم .

### (٤) بالإضافة إلى المادة (٧) :

أ- يعكس سعر الصرف السائد المنصوص عليه في المادة (٧) اسعار السوق التي يخطر بها صندوق النقد الدولي على اسس منتظمة .

## بروتوكول

عند توقيع الاتفاقية الخاصة بالتشجيع والحماية المتبادلة للاستثمارات بين جمهورية ألمانيا الاتحادية ودولة قطر ، وافق الموقعان أدناه المفوضان من قبل هاتين الدولتين ، بالإضافة إلى ما ورد في هذه الاتفاقية ، على الأحكام التالية التي تعتبر جزءاً لا يتجزأ من الاتفاقية المذكورة .

### (١) بالإضافة إلى المادة (١) :

أ- في حالة استثمار عائدات الاستثمار ، فإن هذه العائدات تتمتع بنفس الحماية الممنوحة للاستثمار .

ب- مع عدم الإخلال بأي طريقة أخرى من طرق تحديد الجنسية ، يعتبر من مواطني إحدى الدولتين المتعاقبتين أي شخص يحمل جواز سفر وطني تصدره السلطات المختصة في هذه الدولة .

### (٢) بالإضافة إلى المادة (٣) :

أ- يعتبر ما يلي على وجه الخصوص دون الحصر " نشاطاً استثمارياً " بالمعنى الوارد في البند (٢) من المادة (٣) : الإدارة ، والصيانة ، واستعمال الاستثمار والانتفاع به . ويعتبر ما يلي على وجه الخصوص "معاملة تقل عن المعاملة التفضيلية " بالمعنى الوارد في المادة (٣) : تقييد شراء المواد الخام أو المواد المساعدة ، أو الطاقة أو الوقود أو وسائل الانتاج أو عمليات من أي نوع ، تعوق تسويق المنتجات داخل الدولة أو خارجها ، بالإضافة إلى أي تدابير أخرى ذات آثار مماثلة . ولا تعتبر " معاملة تقل عن المعاملة التفضيلية " بالمعنى الوارد في المادة (٣) التدابير الواجب اتخاذها لإسباب تتعلق بالأمن العام أو النظام أو الصحة العامة أو الأخلاق .

٣- بالنسبة للإستثمارات التي أقيمت قبل تاريخ انتهاء هذه الاتفاقية ، تظل احكام المواد من (١) إلى (١٢) نافذة وسارية المفعول لمدة عشرين سنة اضافة من تاريخ انتهاء الإتفاقية .

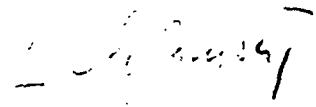
حررت في بون بتاريخ ١٤ يونيو ١٩٩٦ ، من نسختين أصليتين بكل من اللغات الألمانية والعربية والانجليزية ، ويكون لكل منها حجية متسوية ، وفي حالة الاختلاف يرجع النص المحرر باللغة الانجليزية .

عن دولة قطر



محمد بن خليفة آل ثاني  
وزير المالية والاقتصاد والتجارة

عن جمهورية المانيا الاتحادية



٤- تضع الهيئة قواعد إجراءاتها وفقاً لقواعد التحكيم التي وضعتها لجنة الأمم المتحدة لقانون التجارة الدولية ( يونسترال ) . تقوم الهيئة بتفسير حكمها بناءً على طلب أي من الطرفين . وما لم تقرر الهيئة خلاف ذلك وفقاً لظروف خاصة فإن المصروفات القانونية ، بما في ذلك أتعاب المحكمين ، يتم اقتسامها مناصفة بين الطرفين . ويكون مكان التحكيم مقر " المحكمة الدائمة للتحكيم بلاهاي ( هولندا ) " . ما لم يتفق الطرفان على خلاف ذلك .

مادة ( ١٢ )

تصبح هذه الاتفاقية نافذة بغض النظر عن وجود أو عدم وجود علاقات دبلوماسية أو  
تنصلية بين الطرفين المتعاقدين .

مادة ( ١٣ )

- ١- يصدق على هذه الاتفاقية ويتم تبادل وثائق التصديق عليها بأسرع فرصة ممكنة في الدوحة .
- ٢- تدخل هذه الاتفاقية حيز التنفيذ بعد شهر من تاريخ تبادل وثائق التصديق عليها . وتظل نافذة لمدة عشر سنوات ، وتجدد بعد ذلك لمدة غير محددة ما لم يتم إنهاؤها بإخطار مكتوب من أي من الطرفين المتعاقدين قبل اثني عشر شهراً من إنقضاء مدتها الأصلية . وبعد انقضاء هذه المدة الأصلية يجوز إنهاء العمل بها بواسطة أي من الطرفين المتعاقدين بإخطار مسبق مدته اثنا عشر شهراً .

مادة ( ١١ )

- ١- كل نزاع قانوني ينشأ مباشرة عن استثمار بين أحد الطرفين المتعاقدين ومستثمر من الطرف المتعاقد الآخر ، يتم تسويته ودياً بين طرفيه المعنيين .
- ٢- إذا لم يتم تسوية هذا النزاع خلال مهلة ستة أشهر اعتباراً من تاريخ إثارته كتابةً من قبل أي من طرفي النزاع ، تتم إحالته بناءً على طلب أي من الطرفين إلى التحكيم أمام " المركز الدولي لتسوية منازعات الاستثمار " الذي أنشئ بمقتضى المعاهدة الخاصة بتسوية منازعات الاستثمار التي تنشأ بين الدول وبين رعايا الدول الأخرى والموقعة في واشنطن بتاريخ ١٨ مارس ١٩٦٥ .
- ٣- إذا لم تكن المعاهدة المشار إليها في الفقرة السابقة واجبة التطبيق ، فإن النزاع يتم تسويته عن طريق تحكيم خاص ينشأ لهذا الغرض . وتشكل هيئة التحكيم على النحو التالي :
- أ- يعين كل طرف في النزاع محكماً واحداً ، ويعين المحكمان المعينان باتفاقهما المتبادل محكماً ثالثاً من رعايا دولة ثالثة ، ويكون هذا المحكم الثالث رئيساً للهيئة باتفاق الطرفين . ويجب تعيين جميع المحكمين خلال شهرين من تاريخ إخطار أي طرف للطرف الآخر برغبته في عرض النزاع على التحكيم .
- ب- إذا لم تتم التعيينات خلال المدد المشار إليها في الفقرة (أ) ، يحق لأي من طرفي النزاع ، في حالة غياب أي إتفاق آخر ، أن يطلب من رئيس الغرفة الدولية للتجارة بباريس إجراء التعيينات اللازمة .
- ج- تتخذ الهيئة قراراتها بأغلبية الأصوات . وتكون قراراتها نهائية وملزمة قانوناً للطرفين وواجبة التنفيذ وفقاً للقوانين المحلية ، وتصدر هذه القرارات وفقاً لأحكام هذه الاتفاقية ، ولقوانين الطرف المتعاقد الذي يكون طرفاً في النزاع ، وللمبادئ والقانون الدولي .

- ٣- تشكل هذه الهيئة ، في كل حالة على حدة ، بالطريقة التالية :
- يعين كل طرف متعاقد محكماً . ويختار هذان المحكمان باتفاقهما المشترك محكماً ثالثاً ، يكون منتصباً بجنسيته لدولة ثالثة ، ويكون هذا المحكم الثالث رئيساً للهيئة . ويجب تعيين جميع المحكمين خلال شهرين من تاريخ اخطار اي طرف للطرف الاخر برغبته في عرض الخلاف على التحكيم .
- ٤- اذا لم يتم التقيد بالمهلة الزمنية المحددة في البند (٣) المشار اليه ، يقوم أي من الطرفين المتعاقدين ، في حالة غياب أي اتفاق آخر ، بدعوة رئيس محكمة العدل الدولية إلى إجراء التعيينات اللازمة . وإذا كان رئيس هذه المحكمة أحد رعايا أي من الطرفين المتعاقدين ، أو كان هناك سبب اخر يحول دون قيامه بهذه المهمة يقوم نائب رئيس المحكمة ، والذي لا يكون من رعايا أي من الطرفين المتعاقدين بإجراء التعيينات اللازمة . وإذا كان نائب الرئيس منتصباً لأي الطرفين المتعاقدين أو كان هناك سبب يحول دون قيامه بهذه المهمة ، فيتولى العضو الذي يليه في الاقدمية والذي لا يكون من رعايا اي من الطرفين المتعاقدين القيام بإجراء التعيينات اللازمة .
- ٥- تصدر هيئة التحكيم قراراتها بأغلبية الاصوات . وتكون قراراتها نهائية وملزمة قانوناً للطرفين المتعاقدين . وتصدر هذه القرارات وفقاً لأحكام هذه الاتفاقية ولمبادئ القانون الدولي ذات الصلة .
- ٦- تضع الهيئة قواعد إجراءاتها . وتقوم بتفسير حكمها بناءً على طلب أي من الطرفين المتعاقدين ما لم تقرر الهيئة خلاف ذلك وفقاً لظروف خاصة . ويتحمل الطرفان المتعاقدان بالتساوي بينهما المصروفات القانونية بما في ذلك أتعاب المحكمين ، ما لم يتفق الطرفان المتعاقدان على خلاف ذلك ، ويكون مكان التحكيم مقر " المحكمة الدائمة للتحكيم " ( بلاهاي ( هولندا ) .



**مادة ( ٨ )**

- ١- إذا أصدر أي من الطرفين تشريع لاحق أو نشأت قاعدة من قواعد القانون الدولي ترتب عليها قيام التزامات عامة أو خاصة تمنح الاستثمارات معاملة أكثر تفضيلاً من المعاملة التي توفرها هذه الاتفاقية فإن هذا التشريع أو القاعدة هو الذي يكون واجب التطبيق .
- ٢- إضافة إلى ذلك يلتزم كل طرف متعاقد بمراعاة الالتزامات التعاقدية التي تنشأها هذه الاتفاقية بالنسبة للاستثمارات القائمة على اقليمه بواسطة مستثمري الطرف المتعاقد الاخر .

**مادة ( ٩ )**

- تسرى أحكام هذه الاتفاقية على الاستثمارات التي اقيمت قبل دخول الاتفاقية حيز التنفيذ بواسطة مستثمري أي من الطرفين المتعاقدين في اقليم الطرف المتعاقد الاخر وفقاً لتشريعاته .

**مادة ( ١٠ )**

- ١- أي منازعة تنشأ بين الطرفين المتعاقدين تتعلق بتفسير أو تطبيق أو إنهاء هذه الاتفاقية تتم تسويتها ، بقدر الإمكان ، بالطرق الدبلوماسية .
- ٢- إذا لم يتوصل الطرفان المتعاقدان الى تسوية النزاع المذكور خلال مدة ستة أشهر من تاريخ اثارته من أي من الطرفين المتعاقدين ، فيجوز ، بناءً على طلب أي من الطرفين المتعاقدين ، عرضه على هيئة تحكيم للفصل فيه .

**مادة ( ٥ )**

- ١- يضمن كل من الطرفين المتعاقدين لمستثمري الطرف المتعاقد الاخر حرية القيام بجميع التحويلات المرتبطة باستثماراتهم ، وخاصة ما يلي :
- أ - المبالغ الاساسية والاضافية التي دفعت للمحافظة على الاستثمار أو زيادته .
- ب- العائدات .
- ج - إعادة سداد القروض .
- د - الحصيلة الناجمة عن تصفية أو بيع كل الاستثمارات أو جزء منها .
- هـ - التعويض المنصوص عليه في المادة (٤) .

**مادة ( ٦ )**

مع عدم الإخلال بالحقوق المنصوص عليها في المادة (١٠) من هذه الإتفاقية ، يجوز لأي من الطرفين أن يقوم بسداد مبلغ لأحد مستثمريه مقابل ضمان ، أو أن يحل محل هذا المستثمر في كل أو بعض حقوقه ، سواء تمت هذه الإجراءات بموجب قانون أو وفقاً لأي تصرف قانوني آخر . ويتعين على الطرف الآخر أن يلتزم بقبول هذه الحوالة أو أي حق يتعلق بها ، ويحل الطرف الأول محل مستثمريه ، في حدود الحقوق التي آلت إليه . وتسرى على تحويل المدفوعات الناتجة عن هذه الحوالة أحكام البندين (٢) و (٣) من المادة (٤) والمادة (٥) بحسب الأحوال .

**مادة ( ٧ )**

تم التحويلات المنصوص عليها في البندين (٢) أو (٣) من المادة (٤) وفي المادة (٥) أو المادة (٦) بدون تأخير ويسعر الصرف السائد في تاريخ التحويل .

مادة ( ٤ )

- ١- تتمتع الاستثمارات التي يقوم بها مستثمرو كل طرف متعاقد في اقليم الطرف المتعاقد الاخر بالحماية الكاملة والأمن .
- ٢- لا تخضع استثمارات مستثمري أي من الطرفين المتعاقدين في اقليم الطرف المتعاقد الاخر لنزع الملكية أو التأميم أو أية تدابير اخرى ذات أثر مماثل ، ما لم يكن ذلك للمنفعة العامة ولقاء تعويض . ويعادل هذا التعويض قيمة الاستثمار المنزوع ملكيته قبل الاستيلاء عليه مباشرة أو قبل ان يصبح التهديد بنزع الملكية أو التأميم أو التدابير المماثلة معروفاً للكافة . ويدفع التعويض المستحق دون تأخير ، ويشمل الفوائد التي يتم احتسابها وفقاً لسعر الفائدة العادي حتى تاريخ الدفع مع ضمان الانتفاع به وحرية تحويله . وتتخذ التدابير اللازمة لتحديد ودفع هذا التعويض بطريقة ملائمة ، قبل أو عند إتخاذ إجراءات نزع الملكية أو التأميم أو التدابير المماثلة ، وبخضع لإعادة النظر قانونية أو شرعية إجراءات نزع الملكية أو التأميم أو التدابير المماثلة ، ومقدار التعويض ، وذلك وفقاً للإجراءات المنصوص عليها في القانون .
- ٣- في حالة تعرض استثمارات أي من مستثمري الطرفين المتعاقدين لحسائر في اقليم الطرف المتعاقد الاخر نتيجة حرب ، أو نزاع مسلح ، أو ثورة ، أو حالة طواريء ، أو عصيان ، يمنح ذلك الطرف مستثمري الطرف المتعاقد الاخر معاملة لا تقل عن المعاملة التفضيلية التي يحظى بها مستثمروه فيما يتعلق برد تلك الحقوق أو التعويض عنها أو أي اعتبارات اخرى ذات قيمة تمنح في هذا الخصوص . وتتمتع مثل هذه المدفوعات بحرية التحويل .
- ٤- يتمتع مستثمرو كل من الطرفين المتعاقدين بمعاملة الدولة الأولى بالرعاية في اقليم الطرف المتعاقد الاخر فيما يتعلق بجميع الأمور التي نصت عليها هذه المادة .

مادة ( ٢ )

- ١- يشجع كل طرف متعاقد في إقليمه ، بقدر الامكان ، استثمارات مستثمري الطرف المتعاقد الاخر . ويقبل هذه الاستثمارات وفقاً لتشريعته . ومتى تم قبول هذه الاستثمارات فإنها تتمتع بالحماية الكاملة لهذه الاتفاقية . وفي جميع الاحوال تمنح هذه الاستثمارات معاملة عادلة ومنصفة وفقاً لمبادئ القانون الدولي .
- ٢- يحظر على كل من الطرفين المتعاقدين ، بأي حال من الاحوال ، اتخاذ إجراءات تحكيمية أو تمييزية من شأنها إعاقة نشاطات الادارة أو الصيانة أو الاستعمال أو الانتفاع بالاستثمارات التي يقيمها مستثمرو الطرف الاخر على إقليمه .

مادة ( ٣ )

- ١- لا يجوز لأي من الطرفين ان يمنح الاستثمارات التي يملكها أو يسيطر عليها مستثمرو الطرف الاخر معاملة تقل عن المعاملة التفضيلية التي يمنحها لإستثمارات مواطنيه أو مواطني دولة ثالثة .
- ٢- لا يجوز لأي من الطرفين ان يمنح مستثمري الطرف الاخر معاملة تقل عن المعاملة التفضيلية التي يمنحها لمستثمريه أو لمستثمري دولة ثالثة فيما يتعلق بنشاطات استثماراتهم في إقليمه .
- ٣- لا تسري هذه المعاملة على الامتيازات التي يمنحها أي من الطرفين المتعاقدين لمستثمري دولة ثالثة بموجب عضويته أو اشتراكه في اي اتحاد جمركي أو اقتصادي أو سوق مشتركة أو مناطق تجارة حرة أو أي منظمة اقتصادية اقليمية مماثلة اخرى .
- ٤- لا تسري المعاملة الممنوحة بموجب هذه المادة على الميزات والافضليات التي يمنحها أي من الطرفين المتعاقدين الى مستثمري دولة ثالثة بموجب اتفاقية منع الازدواج الضريبي أو أي اتفاقيات اخرى تتعلق بأموال الضرائب .

هـ- الامتيازات التجارية الممنوحة بمقتضى القانون أو بموجب عقد ، بما في ذلك امتيازات البحث عن الموارد الطبيعية واستخراجها واستغلالها في اقليم الطرفين المتعاقدين والمنطقة البحرية لكل منهما .

ولا يخل اي تعديل في شكل الاصول المستثمرة بصفة تصنيفه كاستثمار ، بشرط ألا يكون هذا التعديل مخالفاً لتشريع الطرف المتعاقد في الاقليم الذي اقيم عليه هذا الاستثمار .

٢- " العائدات " : تعني المبالغ التي يدرها الاستثمار خلال فترة معينة ، مثل الارباح ، وأرباح الاسهم ، والفوائد ، والائاتات أو الرسوم .

٣- " المستثمر " : ويعني :

أ- بالنسبة لجمهورية المانيا الاتحادية :

(١) الاشخاص الطبيعيون الذين يحملون الجنسية الالمانية وفقاً للقانون الاساسي لجمهورية المانيا الاتحادية ،

(٢) اي شخص اعتباري وكذلك اي شركة تجارية أو شركة اخرى أو جمعية تتمتع أو لا تتمتع بشخصية قانونية يكون مركزها اقليم جمهورية المانيا الاتحادية دون النظر عما اذا كان نشاطها يستهدف أو لا يستهدف الربح .

ب - بالنسبة لدولة قطر :

(١) الاشخاص الطبيعيون الذين يحملون جنسية دولة قطر .

(٢) اي شخص قانوني يتخذ شكل شركة أو مؤسسة أو هيئة عامة أو شبه عامة ، تم تأسيسها في اقليم دولة قطر وفقاً لتشريعاتها ، أو تلك التي يديرها ويشرف عليها ، سواء بطريق مباشر أو غير مباشر ، مواطنون من دولة قطر .

(٣) حكومة دولة قطر .

٤- " الاقليم " : ويعني اقليم كل طرف متعاقد بما في ذلك المنطقة البحرية لكل منهما التي تمارس عليها حقوق السيادة والاختصاص القضائي ، وفقاً للقانون الدولي .

**اتفاقية**  
**بين جمهورية المانيا الاتحادية ودولة قطر**  
**بشأن التشجيع والحماية المتبادلة للإستثمارات**

ان جمهورية المانيا الاتحادية ودولة قطر ،  
رغبة منهما في تدعيم التعاون الاقتصادي بين الدولتين ،  
وفي ايجاد ظروف مواتية للنشاط الاستثماري لمستثمري أي من الدولتين في اقليم  
الدولة الاخرى ،  
وإدراكاً منهما بأن التشجيع والحماية التعاقدية لتلك الاستثمارات من شأنه إنعاش  
النشاط الخاص والعمل على زيادة الإزدهار في الدولتين .  
قد اتفقتا على ما يلي :

**مادة ( ١ )**

في تطبيق احكام هذه الاتفاقية ، تكون للكلمات والعبارات التالية المعاني المبينة قرين  
كل منها ، ما لم يقتض السياق معنى آخر :  
١- " الاستثمارات " تعني جميع أنواع الاصول ، وخاصة :  
أ- الاموال المنقولة وغير المنقولة وأي حقوق عينية اخرى ، مثل الرهن العقاري ،  
وحق الامتياز ، ورهن المنقول .  
ب- اسهم الشركات وأي نوع من المشاركة في الشركات .  
ج- المطالبات النقدية التي استخدمت لخلق قيمة اقتصادية أو أي مطالبات مقابل  
أداء خدمة ذات قيمة اقتصادية .  
د- حقوق الملكية الأدبية والتجارية والصناعية ، وخاصة حقوق الطبع ، والاختراع ،  
والتصاميم المسجلة ، والعلامات التجارية ، والاسماء التجارية ، وحقوق  
العمليات والخبرة الفنية ، وحقوق السمعة التجارية بالإضافة إلى اسرار التجارة  
والاعمال .

[ ARABIC TEXT — TEXTE ARABE ]

||ᱚᱥᱠᱚᱣᱚᱢᱟ ᱢᱤᱫᱽᱨᱮᱞᱟᱹ ᱢᱤᱫᱽᱨᱮᱞᱟᱹ ᱢᱤᱫᱽᱨᱮᱞᱟᱹ||

ᱚᱥᱠᱚᱣᱚᱢᱟ

ᱚᱥᱠᱚᱣᱚᱢᱟ ᱢᱤᱫᱽᱨᱮᱞᱟᱹ ᱢᱤᱫᱽᱨᱮᱞᱟᱹ ᱢᱤᱫᱽᱨᱮᱞᱟᱹ

ᱚᱥᱠᱚᱣᱚᱢᱟ

[ ENGLISH TEXT — TEXTE ANGLAIS ]

AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND  
THE STATE OF QATAR CONCERNING THE ENCOURAGEMENT AND  
RECIPROCAL PROTECTION OF INVESTMENTS

The Federal Republic of Germany

and

The State of Qatar

Desiring to intensify economic co-operation between both States,

Intending to create favourable conditions for investments by investors of either State  
in the territory of the other State,

Recognizing that the encouragement and contractual protection of such investments  
are apt to stimulate private business initiative and to increase the prosperity of both nations,

Have agreed as follows:

*Article 1*

For the purposes of this Agreement

1. The term "investments" comprises every kind of asset, in particular

(a) Movable and immovable property as well as any other rights in rem, such as mortgages, liens and pledges;

(b) Shares of companies and other kinds of interest in companies;

(c) Claims to money which has been used to create an economic value or claims to any performance having an economic value;

(d) Intellectual, commercial and industrial property rights, in particular copyrights, patents, registered designs, trademarks, trade-names, technical processes, know-how. and good will, as well as trade and business secrets;

(e) Business concessions conferred by law or under contract including concessions to search for, extract and exploit natural resources in the territory and the maritime area of the Contracting Parties;

any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classification as investment, provided that such alteration is not in conflict with the legislation of the Contracting Party in which territory the investment is made;

2. The term "returns" means the amounts yielded by an investment for a definite period, such as profit, dividends, interest, royalties or fees;

3. The term "investor" means:

(a) In respect of the Federal Republic of Germany:

(1) Germans within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany,



(2) Any juridical person as well as any commercial or other company or association with or without legal personality having its seat in the territory of the Federal Republic of Germany, irrespective of whether or not its activities are directed at profit;

(b) In respect of the State of Qatar:

(1) Physical persons having the nationality of the State of Qatar;

(2) Any legal person having the status of a company or corporation or public and semi-public entity constituted in the territory of the State of Qatar in accordance with its legislation or being controlled directly or indirectly by nationals of the State of Qatar;

(3) the Government of the State of Qatar;

4. The term "territory" means:

The territory of each Contracting Party as well as the maritime area of each Contracting Party over which it exercises sovereign rights or jurisdiction in accordance with international law.

#### *Article 2*

(1) Each Contracting Party shall in its territory promote as far as possible investments by investors of the other Contracting Party and admit such investments in accordance with its legislation. Once admitted such investments shall enjoy the full protection of the Agreement. It shall in any case accord such investments fair and equitable treatment in accordance with the principles of international law.

(2) Neither Contracting Party shall in any way impair by arbitrary or discriminatory measures the management, maintenance, use or enjoyment of investments in its territory of investors of the other Contracting Party.

#### *Article 3*

(1) Neither Contracting Party shall subject investments in its territory owned or controlled by investors of the other Contracting Party to treatment less favourable than it accords to investments of its own investors or to investments of investors of any third State.

(2) Neither Contracting Party shall subject investors of the other Contracting Party, as regards their activity in connection with investments in its territory, to treatment less favourable than it accords to its own investors or to investors of any third State.

(3) Such treatment shall not relate to privileges which either Contracting Party accords to investors of third States on account of its membership of, or association with, a customs or economic union, a common market or a free trade area or any other similar regional Economic Organization.

(4) The treatment granted under this Article shall not relate to advantages which either Contracting Party accords to investors of third States by virtue of a double taxation agreement or other agreements regarding matters of taxation.

*Article 4*

(1) Investments by investors of either Contracting Party shall enjoy full protection and security in the territory of the other Contracting Party.

(2) Investments by investors of either Contracting Party shall not be expropriated, nationalized or subjected to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting Party except for the public benefit and against compensation. Such compensation shall be equivalent to the value of the expropriated investment immediately before the date on which the actual or threatened expropriation, nationalization or comparable measure has become publicly known. The compensation shall be paid without delay and shall carry the usual bank interest until the time of payment; it shall be effectively realizable and freely transferable. Provisions shall have been made in an appropriate manner at or prior to the time of expropriation, nationalization or comparable measure for the determination and payment of such compensation. The legality of any such expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law.

(3) Investors of either Contracting Party whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting Party owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency or revolt shall be accorded treatment no less favourable by such other Contracting Party than that which the latter Contracting Party accords to its own investors as regards restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

(4) Investors of either Contracting Party shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party in respect of the matters provided for in this Article.

*Article 5*

Each Contracting Party shall guarantee to investors of the other Contracting Party the free transfer of payments in connection with an investment, in particular

- (a) Of the principal and additional amounts to maintain or increase the investment;
- (b) Of the returns;
- (c) In repayment of loans;
- (d) Of the proceeds from the liquidation or the sale of the whole or any part of the investment;
- (e) Of the compensation provided for in Article 4.

*Article 6*

If either Contracting Party makes a payment to any of its investors under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the former Contracting Party under Article 10, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a le-

gal transaction, of any right or claim of such investor to the former Contracting Party. The latter Contracting Party shall also recognize the subrogation of the former Contracting Party to any such right or claim (assigned claims) which that Contracting Party shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments made by virtue of such assigned claims, Article 4 (2) and (3) as well as Article 5 shall apply *mutatis mutandis*.

*Article 7*

Transfers under Article 4 (2) or (3), under Article 5 or Article 6 shall be made without delay at the current exchange rate prevailing on the date of transfer.

*Article 8*

(1) If the legislation of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to this Agreement contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by investors of the other Contracting Party to treatment more favourable than is provided for by this Agreement, such regulation shall, to the extent that it is more favourable, prevail over this Agreement.

(2) In addition, each Contracting Party shall observe any contractual obligation it has assumed with regard to investments in its territory by investors of the other Contracting Party.

*Article 9*

This Agreement shall also apply to investments made prior to its entry into force by investors of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party consistent with the latter's legislation.

*Article 10*

(1) Disputes between the Contracting Parties relating to the interpretation, application or termination of this Agreement shall be settled, if possible, through diplomatic channels.

(2) If the dispute has not been settled within a period of six months from the date on which the matter was raised by either Contracting Party, it may be submitted at the request of either Contracting Party to an Arbitral Tribunal.

(3) The said Tribunal shall be created as follows for each specific case: each Contracting Party shall appoint one arbitrator and the two arbitrators thus appointed shall appoint by mutual agreement a national of a third country, who shall be designated as Chairman of the Tribunal. All the arbitrators must be appointed within two months from the date of notification by one Contracting Party to the other Contracting Party of its intention to submit the disagreement to arbitration.

(4) If the periods specified in the foregoing paragraph above have not been observed, either Contracting Party shall, in the absence of any other agreement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party, or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President, who is not a national of either Contracting Party, shall make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting Party or if he, too, is prevented from discharging the said function, the member of the court next in seniority who is not a national of either Contracting Party should make the necessary appointments.

(5) The Tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. These decisions shall be final and legally binding upon the Contracting Parties. They shall be taken in conformity with the provisions of this Agreement and the related principles of international law.

(6) The Tribunal shall set its own rules of procedure. It shall interpret its award at the request of either Contracting Party. Unless otherwise decided by the Tribunal, in accordance with special circumstances, the legal costs, including the fees of the arbitrators, shall be shared equally between the two Contracting Parties. Unless otherwise agreed by the Contracting Parties, the venue of arbitration is the seat of the Permanent Court of Arbitration in the Hague (Netherlands).

#### *Article 11*

(1) Any legal dispute arising directly out of an investment between one Contracting Party and an investor of the other Contracting Party should be settled amicably between the two parties concerned.

(2) If this dispute has not been settled within a period of six months from the date at which it was raised in writing by one or other parties to the dispute, it shall be submitted, at the request of either party, to the arbitration of the International Centre for the Settlement of Investment Disputes (ICSID), created by the Convention for the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States, signed in Washington on March 18, 1965.

(3) In case the Convention mentioned in the foregoing paragraph is not applicable, then the dispute shall be settled by an ad hoc arbitration. The ad hoc Arbitral Tribunal shall be established as follows:

(a) Each party to the dispute shall appoint one arbitrator, and the two arbitrators thus appointed shall appoint by mutual agreement a third arbitrator, who must be a national of a third country, and who shall be designated as Chairman of the Tribunal by the two parties. All the arbitrators must be appointed within two months from the date of notification by one party to the other party of its intention to submit the dispute to arbitration.

(b) If the periods specified in Section (a) here above have not been met, either party, in the absence of any other agreement, shall invite the Chairman of the International Chamber of Commerce of Paris to make the necessary appointments.

(c) The Tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. These decisions shall be final and legally binding upon the parties and shall be enforced in accordance with do-

mestic law. They shall be taken in conformity with the provisions of this Agreement, the laws of the Contracting Party to the dispute and the principles of international law.

(4) The Tribunal shall set its rules of procedure in conformity with the Arbitration Rules of the United Nations Commission for International Trade Law (UNCITRAL). The Tribunal shall interpret its award at the request of either party. Unless otherwise decided by the Tribunal, in accordance with special circumstances, the legal costs, including the fees of the arbitrators, shall be shared equally between the two parties. Unless otherwise agreed by the parties the venue of arbitration is the seat of the Permanent Court of Arbitration in the Hague (Netherlands).

*Article 12*

This Agreement shall be in force irrespective of whether or not diplomatic or consular relations exist between the Contracting Parties.

*Article 13*

(1) This Agreement shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Doha.

(2) This Agreement shall enter into force one month after the date of exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for a period of ten years and shall be extended thereafter for an unlimited period unless denounced in writing by either Contracting Party twelve months before its expiration. After the expiry of the period of ten years this Agreement may be denounced at any time by either Contracting Party giving twelve months notice.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of this Agreement, the provisions of Articles 1 to 12 shall continue to be effective for a further period of twenty years from the date of termination of the Agreement.

Done at Bonn on this 14th of June, 1996, in duplicate in the German, Arabic and English languages, all texts being authentic. In case of divergent interpretation of the German and Arabic texts, the English text shall prevail.

For the Federal Republic of Germany:

HELMUT SCHÄFER

LORENZ SCHOMERUS

For the State of Qatar:

MOHAMMED BIN KHALIFA AL-THANI

PROTOCOL

On signing the Agreement between the Federal Republic of Germany and the State of Qatar concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, the undersigned plenipotentiaries have, in addition, agreed on the following provisions, which shall be regarded as an integral part of the said Agreement.

**(1) Ad Article 1**

(a) Returns from the investment and, in the event of their reinvestment, the returns therefrom shall enjoy the same protection as the investment.

(b) Without prejudice to any other method of determining nationality, in particular any person in possession of a national passport issued by the competent authorities of the Contracting Party concerned shall be deemed to be a national of that Party.

**(2) Ad Article 3**

(a) The following shall more particularly, though not exclusively, be deemed "activity" within

the meaning of Article 3 (2): the management, maintenance, use and enjoyment of an investment. The following shall, in particular, be deemed "treatment less favourable" within the meaning of Article 3: restricting the purchase of raw or auxiliary materials, of energy or fuel or of means of production or operation of any kind impeding the marketing of products inside or outside the country, as well as any other measures having similar effects. Measures that have to be taken for reasons of public security and order, public health or morality shall not be deemed "treatment less favourable" within the meaning of Article 3.

(b) The provisions of Article 3 do not oblige a Contracting Party to extend to natural investors resident in the territory of the other Contracting Party tax privileges, tax exemptions and tax reductions which according to its tax laws are granted only to investors resident in its territory.

(c) The Contracting Parties shall within the framework of their national legislation give sympathetic consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in connection with an investment; the same shall apply to employed persons of either Contracting Party who in connection with an investment wish to enter the territory of the other Contracting Party and sojourn there to take up employment in connection with an investment. Applications for work permits shall also be given sympathetic consideration.

**(3) Ad Article 4**

(a) With regard to the State of Qatar the legality of any expropriation, nationalization or comparable measure shall be subject to review by due process of law within the limits prescribed by the law of the State of Qatar if not otherwise agreed by the investor and the State of Qatar.

(b) For the avoidance of doubt, expropriation shall include situations where a Contracting Party expropriates the assets of a company or enterprise in its territory in which an investor of the other Contracting Party has an investment, including through the ownership of shares.

**(4) Ad Article 7**

(a) The current exchange rate of Article 7 should be reflected by the market rates notified on a regular basis to the IMF.

(b) A transfer of funds paid in a local account either in local or foreign currency shall be deemed to have been made "without delay" within the meaning of Article 7 if effected within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day of the relevant order given by the party concerned to the local bank to transfer the above-mentioned funds and shall not exceed two months.

(5) Whenever goods or persons connected with an investment are to be transported, each Contracting Party shall neither exclude nor hinder transport enterprises of the other Contracting Party and shall issue permits as required to carry out such transport. This shall include the transport of

(a) Goods directly intended for an investment within the meaning of the Agreement or acquired in the territory of either Contracting Party or of any third State by or on behalf of an enterprise in which assets within the meaning of the Agreement are invested;

(b) Persons travelling in connection with an investment.

Done at Bonn on 14th of June, 1996, in duplicate in the German, Arabic and English languages, all texts being authentic. In case of divergent interpretation of the German and Arabic texts, the English text shall prevail.

For the Federal Republic of Germany:

HELMUT SCHÄFER

LORENZ SCHOMERUS

For the State of Qatar:

MOHAMMED BIN KHALIFA AL-THANI

[TRANSLATION - TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET  
L'ÉTAT DE QATAR RELATIF À L'ENCOURAGEMENT ET LA  
PROTECTION RÉCIPROQUE DES INVESTISSEMENTS

La République fédérale d'Allemagne

et

l'État de Qatar

Désireux d'intensifier la coopération économique entre les deux États,

Entendant créer des conditions favorables aux investissements des investisseurs de chacun des États dans le territoire de l'autre État,

Reconnaissant que l'encouragement et la protection contractuelle de ces investissements sont de nature à stimuler l'initiative économique privée et à accroître la prospérité des deux peuples,

Sont convenus de ce qui suit :

*Article premier.*

Aux fins du présent Accord

1. Le terme "investissements" comprend toute classe de biens, notamment :

a) Les biens meubles et immeubles ainsi que tous autres droits réels, tels qu'hypothèques, nantissements et gages;

b) Les actions dans des sociétés et autres formes de participation au capital des sociétés;

c) Les créances portant sur des sommes d'argent ayant servi à créer une valeur économique ou portant sur toute prestation ayant une valeur économique;

d) Les droits de propriété intellectuelle, commerciale ou industrielle, en particulier les droits d'auteur, brevets d'invention, modèles déposés, marques de fabrique, procédés techniques, savoir-faire et clientèle ainsi que secrets commerciaux et industriels;

e) Les concessions industrielles ou commerciales conférées par la législation ou sous contrats, y compris les concessions relatives à la prospection, l'extraction et l'exploitation de ressources naturelles sur le territoire et dans la zone maritime des Parties contractantes; toute modification du mode de placement des avoirs ne porte pas atteinte à leur classification en tant qu'investissement, à condition que ladite modification ne soit pas en conflit avec la législation de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'investissement en question est effectué;

2. Le terme "revenus" désigne les sommes rapportées par un investissement pendant une période donnée, notamment les bénéfices, dividendes, intérêts, redevances ou commissions;

3. Le terme "investisseur" désigne :



a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne :

1. Les Allemands au sens de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne;

2. Toute personne morale ainsi que toute société ou association commerciale ou autre, dotée ou non de la personnalité juridique, ayant son siège sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, que leurs activités aient ou non un but lucratif;

b) En ce qui concerne l'État de Qatar :

1. Toute personne physique ayant la nationalité de l'État de Qatar;

2. Toute personne morale ayant statut de société, de corporation ou d'organisme public et semi-public créé sur le territoire de l'État de Qatar conformément à sa législation ou étant directement ou indirectement sous le contrôle de ressortissants de l'État de Qatar;

3. Le Gouvernement de l'État de Qatar;

4. Le terme "territoire" désigne :

Le territoire de chaque Partie contractante ainsi que la zone maritime de chaque Partie contractante sur laquelle elle exerce des droits de souveraineté ou sa juridiction conformément au droit international.

#### *Article 2*

1. Chaque Partie contractante encourage dans toute la mesure du possible les investissements effectués dans son territoire par des investisseurs de l'autre Partie contractante et admet lesdits investissements conformément à sa législation. Une fois lesdits investissements admis, ils bénéficient de la pleine protection du présent Accord. En tout état de cause, chaque Partie contractante accorde auxdits investissements un traitement juste et équitable conformément aux principes du droit international.

2. Aucune Partie contractante n'entravera de quelque façon que soit par des mesures arbitraires ou discriminatoires la gestion, le maintien, l'utilisation ou la jouissance des investissements effectués sur son territoire par les investisseurs de l'autre Partie contractante.

#### *Article 3*

1. Aucune Partie contractante ne soumet les investissements effectués sur son territoire et appartenant à des investisseurs de l'autre Partie contractante ou contrôlés par ces derniers un traitement moins favorable que celui qu'elle accorde aux investissements de ses propres investisseurs ou aux investissements d'investisseurs de tout État tiers.

2. Aucune Partie contractante ne soumet les investisseurs de l'autre Partie contractante, en ce qui concerne leurs activités relatives aux investissements effectués sur son territoire, à un traitement moins favorable que celui qu'elle accorde à ses propres investisseurs ou aux investisseurs de tout État tiers.

3. Ce traitement ne s'applique pas aux privilèges que les Parties contractantes accordent aux investisseurs de pays tiers en vertu de leur participation à une union douanière ou économique, à un marché commun ou une zone de libre échange ou toute autre organisation économique régionale, ou de leur association auxdits organismes.

4. Le traitement accordé en vertu du présent Article ne vise pas les avantages qu'une Partie contractante accorde aux investisseurs d'États tiers en vertu d'un accord visant à éviter la double imposition ou d'autres accords fiscaux.

*Article 4*

1. Les investissements effectués par des investisseurs d'une Partie contractante bénéficient sur le territoire de l'autre Partie contractante d'une protection et d'une sécurité intégrales.

2. Les investissements effectués par des investisseurs d'une Partie contractante ne font pas l'objet sur le territoire de l'autre Partie contractante de mesures d'expropriation, nationalisation ou autres mesures dont les conséquences équivaldraient à une expropriation ou à une nationalisation, sauf pour cause d'utilité publique et moyennant le versement d'une indemnité. Ladite indemnité doit être la valeur équivalente à celle qu'avait l'investissement faisant l'objet de l'expropriation immédiatement avant la date à laquelle l'expropriation, la nationalisation ou des mesures comparables effectives ou imminentes ont été annoncées publiquement. L'indemnité est versée dans les meilleurs délais au taux d'intérêt bancaire applicable jusqu'au moment du paiement; elle est effectivement réalisable et librement transférable. Des dispositions auront été prises de façon appropriée au moment de l'expropriation, de la nationalisation ou des mesures comparables ou avant celles-ci en vue de fixer le montant de l'indemnité et son paiement. La légalité de l'expropriation, nationalisation ou mesures comparables et le montant de l'indemnité bénéficieront des garanties d'une procédure régulière.

3. Les investisseurs des Parties contractantes dont les investissements subissent un préjudice sur le territoire de l'autre Partie contractante du fait d'une guerre ou d'un conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence nationale ou d'une émeute bénéficieront de la part de cette autre Partie contractante d'un traitement non moins favorable que celui qu'elle accorde à ses propres investisseurs en matière de restitution, indemnisation, dommages et autres modes de règlement. Les versements à ce titre seront librement transférables.

4. Les investisseurs de chacune des parties contractantes bénéficieront sur le territoire de l'autre Partie contractante du traitement de la nation la plus favorisée en ce qui concerne les questions visées dans le présent Article.

*Article 5*

Chaque Partie contractante garantit aux investisseurs de l'autre Partie contractante le libre transfert des paiements effectués au titre d'un investissement, notamment

- a) Du capital et des fonds additionnels nécessaires au maintien ou à l'augmentation de l'investissement;
- b) Des revenus;
- c) Du remboursement des prêts;
- d) Des montants provenant de la liquidation ou de la vente de tout ou partie de l'investissement;

e) Des dommages prévus à l'Article 4.

*Article 6*

Si une des Parties contractantes verse un montant quelconque à l'un de ses investisseurs en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante, cette dernière, sans préjudice du droit que confère à la première Partie l'Article 10, reconnaît la cession de tout droit ou créance dudit investisseur à la première Partie contractante, que ce soit en application d'une loi ou en vertu d'une transaction légale. La deuxième Partie contractante reconnaît en outre que la première Partie contractante est subrogée dans lesdits droits ou créances (créances transférées) et qu'elle est habilitée à les exercer dans la même mesure que son prédécesseur en titre. Les dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'Article 4 ainsi que de l'Article 5 sont applicables mutatis mutandis au transfert des paiements à effectuer à la Partie contractante bénéficiaire de la cession.

*Article 7*

Les transferts visés aux paragraphes 2 ou 3 de l'Article 4, à l'Article 5 ou à l'Article 6 sont effectués sans délai au taux de change en vigueur à la date du transfert.

*Article 8*

1. Si la législation de l'une des Parties contractantes ou les obligations en vertu du droit international existant à l'heure actuelle ou établies par la suite entre les Parties contractantes en sus du présent Accord contiennent une disposition générale ou spécifique accordant aux investisseurs de l'autre Partie contractante un traitement plus favorable que celui prévu dans le présent Accord, ladite disposition, dans la mesure où elle est plus favorable, l'emporte sur le présent Accord.

2. En outre, chaque Partie contractante remplit toute obligation contractuelle qu'elle a pu contracter en ce qui concerne les investissements effectués sur son territoire par des investisseurs de l'autre Partie contractante.

*Article 9*

Le présent Accord s'applique également aux investissements effectués avant son entrée en vigueur par des investisseurs d'une Partie contractante dans le territoire de l'autre Partie contractante conformément à la législation de cette dernière.

*Article 10*

1. Les différends relatifs à l'interprétation, l'application ou la dénonciation du présent Accord survenant entre les Parties contractantes seront réglés si possible par la voie diplomatique.

2. Si le différend n'a pas été réglé dans les six mois à partir de la date à laquelle la question a été soulevée par une Partie contractante, il pourra être soumis à un Tribunal arbitral à la demande de l'une ou l'autre Partie.

3. Ce Tribunal sera créé pour chaque cas spécifique de la façon suivante : Chaque Partie contractante désigne un arbitre, et ces deux arbitres choisissent d'un commun accord un ressortissant d'un pays tiers qui sera désigné comme le Président du tribunal. Tous les arbitres doivent être nommés dans les deux mois à partir de la date à laquelle une Partie contractante a notifié à l'autre Partie contractante son intention de saisir un tribunal arbitral du différend.

4. Si les délais prescrits au paragraphe 3 ci-dessus n'ont pas été observés, l'une ou l'autre Partie contractante peut, en l'absence de tout autre arrangement demander au Président de la Cour internationale de justice de procéder aux nominations voulues. Si le Président est un ressortissant de l'une ou l'autre Partie contractante ou s'il est empêché pour toute autre raison de s'acquitter de cette fonction, le Vice-Président, à condition de ne pas être un ressortissant de l'une ou l'autre Partie contractante, procédera aux nominations nécessaires. Si le Vice-Président est un ressortissant d'une Partie contractante ou s'il est lui aussi empêché de s'acquitter de cette fonction, le membre le plus ancien de la Cour internationale de justice, qui n'est le ressortissant d'aucune des Parties contractantes, procède aux nominations voulues.

5. Le Tribunal arbitral statue à la majorité des voix. Ses décisions sont sans appel et ont force exécutoire pour toutes les Parties contractantes. Elles seront prises conformément aux dispositions du présent Accord et aux principes connexes du droit international.

6. Le Tribunal établit ses propres règles de procédures. Il interprète sa décision à la demande de l'une ou l'autre Partie contractante. À moins de décisions contraires par le Tribunal, conformément à des circonstances spéciales, les coûts de la procédure, notamment les honoraires versés aux arbitres, seront partagés à égalité entre les deux Parties contractantes. À moins que les Parties contractantes n'en conviennent autrement, la procédure se déroulera au siège de la Cour permanente d'arbitrage à la Haye (Pays-Bas).

#### *Article 11*

1. Tout différend juridique relatif à un investissement entre une Partie contractante et un investisseur de l'autre Partie contractante sera autant que possible résolu à l'amiable entre les Parties intéressées.

2. En l'absence d'un tel règlement dans un délai de six mois à partir de la date à laquelle le différend a été soulevé par écrit par l'une des Parties au différend, il sera soumis, à la requête de l'une ou l'autre Partie, à l'arbitrage du Centre international pour le règlement des différends en matière d'investissement (CIRDI), créé par la Convention relative au règlement des différends en matière d'investissement entre États et ressortissants d'autres États, signée à Washington le 18 mars 1965.

3. Dans le cas où la Convention susmentionnée n'est pas applicable, le différend en question sera réglé par un arbitrage ad hoc. Le Tribunal arbitral ad hoc sera établi comme suit :

a) Chaque Partie au différend désignera un arbitre et les deux arbitres en question désigneront par accord mutuel un troisième arbitre, qui sera un ressortissant d'un pays tiers et qui sera désigné comme Président du Tribunal par les deux parties. Tous les arbitres doivent être nommés dans les deux mois à partir de la date à laquelle une Partie notifie à l'autre son intention de soumettre le différend à arbitrage.

b) Si les délais spécifiés à la Section a) ci-dessus n'ont pas été respectés, l'une ou l'autre Partie, en l'absence de tout autre accord, invitera le Président de la Chambre de commerce internationale de Paris à procéder aux nominations nécessaires.

c) Le Tribunal prendra sa décision à la majorité et ces dernières seront sans appel, auront force exécutoire pour les Parties et seront mises en application conformément à la législation interne. Elles seront prises en conformité avec les dispositions du présent Accord, avec la législation des parties au différend et avec les principes du droit international.

4. Le Tribunal fixe ses propres règles de procédures conformément aux règles d'arbitrage de la Commission des Nations Unies pour le droit commercial international (CNUDCI). Le Tribunal interprète sa décision à la demande de l'une ou l'autre Partie. À moins que le Tribunal n'en décide autrement, en vertu de circonstances particulières, les coûts de la procédure, notamment la rémunération des arbitres, seront partagés également entre les deux parties. À moins que les parties n'en conviennent autrement, la procédure d'arbitrage se déroulera au siège de la Cour permanente d'arbitrage à la Haye (Pays-Bas).

#### *Article 12*

Le présent Accord demeurera en vigueur qu'il existe ou non des relations diplomatiques ou consulaires entre les Parties contractantes.

#### *Article 13*

1. Le présent Accord sera ratifié; les instruments de ratification seront échangés dès que possible à Doha.

2. Le présent Accord entrera en vigueur un mois après la date de l'échange des instruments de ratification. Il demeurera en vigueur pendant une période de dix ans et sera ensuite reconduit pour une période indéterminée, sauf dénonciation écrite par l'une des Parties contractantes douze mois avant son expiration. Au bout de dix ans, le présent Accord pourra être dénoncé à tout moment par l'une des Parties contractantes moyennant un préavis de douze mois.

3. En ce qui concerne les investissements effectués avant la date de dénonciation du présent Accord, les dispositions 1 à 12 continueront d'être en vigueur pendant une période supplémentaire de vingt ans à partir de la date de dénonciation du présent Accord.

Fait à Bonn le 14 juin 1996 en double exemplaire en langues allemande, arabe et anglaise, tous les textes faisant également foi. En cas de divergence d'interprétation des textes en allemand et en arabe, le texte anglais prévaudra.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

HELMUT SCHÄFER

LORENZ SCHOMERUS

Pour l'État de Qatar :

MOHAMMED BIN KHALIFA AL-THANI

## PROTOCOLE

Lors de la signature de l'Accord entre la République fédérale d'Allemagne et l'État de Qatar relatif à l'encouragement et la protection réciproque des investissements, les plénipotentiaires soussignés sont, en outre, convenus des dispositions ci-après qui sont à considérer comme faisant partie intégrante de l'Accord :

### **1. En ce qui concerne l'Article premier :**

a) Les revenus des investissements et, le cas échéant, du réinvestissement desdits revenus, bénéficient de la même protection que l'investissement initial;

b) Sans préjudice des autres modes de détermination de la nationalité, sera notamment considérée comme un national d'une Partie contractante toute personne munie d'un passeport délivré par l'autorité compétente de ladite Partie.

### **2. En ce qui concerne l'Article 3 :**

a) Sont notamment, mais non exclusivement, considérées comme "activités" au sens du paragraphe 2 de l'Article 3 la gestion, l'affectation, l'utilisation et la jouissance d'un investissement. Sont notamment considérées comme "traitement moins favorable" au sens de l'Article 3 toutes restrictions à l'achat de matières premières, de matières auxiliaires, d'énergie ou de combustible ou de moyens de production ou d'exploitation, quels qu'ils soient, toute entrave à la commercialisation de produits à l'intérieur comme à l'extérieur du pays, ainsi que toute autre mesure ayant des effets analogues. Ne sont pas considérées comme "traitement moins favorable" au sens de l'Article 3 les mesures prises pour protéger la sécurité et l'ordre public, la santé publique ou les bonnes mœurs; b) Les dispositions de l'Article 3 n'obligent pas une Partie contractante à accorder aux personnes physiques et sociétés résidant sur le territoire de l'autre Partie contractante les avantages, exonérations et abattements fiscaux qui ne sont accordés qu'aux investisseurs résidant sur son territoire par sa législation fiscale;

c) Les Parties contractantes examinent avec bienveillance, conformément à leur législation interne, les demandes de permis d'entrée et de séjour sur leur territoire émanant de personnes de l'autre Partie contractante formulées en rapport avec un investissement; le même principe vaut pour les personnes employées par une Partie contractante qui, en rapport avec un investissement, souhaitent entrer sur le territoire de l'autre Partie contractante et y séjourner pour exercer une activité salariée. Les demandes de permis de travail sont également examinées avec bienveillance.

### **3. En ce qui concerne l'Article 4**

a) En ce qui concerne l'État de Qatar, la légalité de toute expropriation, nationalisation ou mesure analogue sera assurée par les garanties d'une procédure régulière dans les limites prescrites par la législation de l'État de Qatar, à moins qu'il en soit décidé autrement par l'investisseur et l'État de Qatar.

b) Afin d'éviter toute incertitude, l'expropriation couvrira des situations dans lesquelles un État contractant exproprie les biens d'une société ou entreprise sur son territoire dans la-

quelle un investisseur de l'autre Partie contractante a effectué un investissement, notamment par l'achat d'actions.

**4. En ce qui concerne l'Article 7**

a) Le taux de change visé à l'Article 7 sera représentatif des taux pratiqués sur le marché et notifiés au FMI périodiquement.

b) Un transfert de fonds dans un compte local en monnaie locale ou en monnaie étrangère sera censé avoir été effectué "sans délai" au sens de l'Article 7 s'il est effectué dans les délais normaux nécessaires à l'accomplissement des formalités de transfert. La période considérée court à compter du jour où la demande pertinente a été soumise par la partie intéressée à la banque locale s'agissant de transférer les fonds susmentionnés et ne peut en aucun cas dépasser deux mois.

5. Lorsque des personnes ou des marchandises doivent être transportées en liaison avec un investissement, aucune des Parties contractantes n'adopte des mesures interdisant ou entravant la participation des entreprises de transport de l'autre Partie contractante et délivre les autorisations nécessaires pour les transports en question, notamment le transport :

a) Des marchandises destinées à un investissement au sens du présent Accord ou acquises sur le territoire d'une Partie contractante ou d'un État tiers par une entreprise ou pour le compte d'une entreprise dans laquelle les actifs au sens du présent Accord sont investis;

b) De personnes effectuant des voyages en rapport avec un investissement.

Fait à Bonn le 14 juin 1996 en double exemplaire dans les langues allemande, arabe et anglaise, tous les textes faisant également foi. En cas de divergence d'interprétation des textes en allemand et en arabe, le texte anglais prévaudra.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

HELMUT SCHÄFER

LORENZ SCHOMERUS

Pour l'État de Qatar :

MOHAMMED BIN KHALIFA AL-THANI